

Der Umgang mit Armut : von der Sackgasse einer rein quantifizierenden Sichtweise

Autor(en): **Farago, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1991)**

Heft 16

PDF erstellt am: **11.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584254>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Umgang mit Armut

der Arbeitnehmenden im EWR

Von der Sackgasse einer rein quantifizierenden Sichtweise

Der St. Galler Wirtschaftsethiker Georges Enderle zählte aufgrund einkommensstatistischer Berechnungen fürs Jahr 1976 etwa 6,6% der EinwohnerInnen der Schweiz zu den Armen («Armutquote»). Die Ökonomin Brigitte Buhmann spricht, bezogen aufs Jahr 1982, von 9,3%. Der Tessiner Christian Marazzi hat für seinen Kanton – ebenfalls Anfang der achtziger Jahre – eine Quote von 15,7% berechnet, während ein Team von SoziologInnen von der Universität Neuenburg für 1987 gar 21,1% der Bevölkerung des Jura-Kantons als arm bezeichnet. Die kürzlich veröffentlichte baselstädtische Armutsstudie schliesslich schätzt den Anteil der Armen im Stadtkanton auf 15% und denjenigen der Armutsgefährdeten auf weitere 10%. Diese 25% bewegen sich, quantitativ gesehen, schon recht nahe bei jenem Drittel der Bevölkerung, das gemäss dem Konzept der «Zweidrittels-gesellschaft» systematisch und auf Dauer vom Zugang zu materiellem Wohlstand ausgeschlossen ist.

Bewegt sich also die Schweiz unaufhaltsam auf diesen Zustand hin? Oder sind es bloss die Berechnungen der ArmutsforscherInnen, die sich – gleichsam im Wettbewerb um das schärfste Bild der sozialen

Probleme in diesem Land – gegenseitig zu jenem Wert aufschaukeln?

Wer sich die Mühe nimmt, etwas genauer hinzusehen, wird feststellen, dass jede der Berechnungen in sich stimmig ist. Die gerade deshalb überraschenden Differenzen in den ausgewiesenen Quoten haben zum einen mit den verschiedenen verwendeten Datenquellen und den unterschiedlichen Zeitpunkten der Untersuchungen zu tun. Sie beruhen zum anderen in entscheidendem Masse auf den voneinander abweichenden Definitionen: Es ist unmittelbar einsichtig, dass es für die Armutsquote von Belang ist, ob die Grenze bei einem der amtlich definierten Existenzminima

Je kleiner
eine
Minderheit
ist, desto
grösser ist
die Gefahr
ihrer
sozialen
Isolierung
und
Ausgrenzung.

(Bezugsberechtigung für Ergänzungsleistungen, fürsorge- oder betriebsrechtliches Minimum, Anspruchsgrenzen für andere soziale Leistungen wie z.B. Krankenkassenbeiträge) oder bei einem statistisch berechneten Wert (z.B. 50% des Durchschnittseinkommens) festgelegt wird und, in letzterem Falle, auf welcher Basis die Berechnung beruht und mit welchen Methoden sie erfolgt. Die Entscheidung für eine dieser Grenzen ist politischer Natur und letztlich willkürlich. Von ihr hängt es aber ab, ob die ausgewiesene Quote grösser oder kleiner sein wird.

Denjenigen, die unter prekären Verhältnissen leben müssen, hilft die Debatte um die statistische Grösse der Menge der «Armen» allerdings nichts. Sie sind auf konkrete Unterstützung angewiesen. Die rein quantitative Diskussion halte ich in diesem Zusammenhang sogar für irreführend, weil sie suggeriert, jene Probleme seien weniger gravierend, die seltener auftreten. Im Gegenteil: Je kleiner eine Minderheit ist, desto grösser ist die Gefahr ihrer sozialen Isolierung und Ausgrenzung.

Weniger Stress

Wie aber könnte eine konkrete Unterstützung aussehen? Eine Antwort ist heute mit auffällender Schnelligkeit zur Hand: das garantierte Grundeinkommen. Ganz unabhängig von dessen Ausgestaltung (als Sozialrente, negative Einkommenssteuer oder in einer anderen Form), über die noch detailliert zu diskutieren wäre, erscheint das Grundeinkommen manchmal als Zauberschwert, mit dem der gordische Knoten der sozialen Probleme zer schlagen werden könnte.

Es ist aber, so meine ich, nichts weniger als das. Ich halte es für eine Illusion zu glauben, Leuten in prekären Lebenslagen sei allein schon geholfen, wenn ihnen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stünden. Finanzielle Probleme sind nämlich oft (und meist) der Ausdruck und die Folge anderswo liegender Schwierigkeiten (z.B. im persönlichen, familiären, Arbeits- oder Wohnbereich). Wäre dies nicht so, dann müssten alle Leute in bescheidenen materiellen Verhältnissen auf Hilfe angewiesen sein.

Das ist aber nicht der Fall. Vielmehr gibt es Personen, die durchaus mit wenig auskommen, währenddem andere Personen, die bedeutend mehr haben, zu KlientInnen sozialer Institutionen werden. Es ist eben nicht eine Frage der objektiven Lebenslage, sondern der Art und Weise, wie man mit der eigenen Situation umgeht («coping»), ob man mit ihr zu Rande kommt oder nicht.

Unter den Alleinerziehenden z.B. gibt es überdurchschnittlich viele Arme; den-

noch sind nicht alle Alleinerziehende arm. Was den Unterschied ausmacht, ist eine der Fragen, die wir zur Zeit am Beispiel der Stadt Winterthur untersuchen. Klar ist jetzt schon, dass mehr Geld allein bei weitem nicht allen hilft. Allerdings hilft es – das sei hier nicht bestritten – den SozialarbeiterInnen, denen mit einem garantierten Grundeinkommen für ihre KlientInnen ein nicht geringer Teil der (unbeliebten) administrativen Arbeit mit einem Schlag abgenommen wäre.

Die so verführerische, weil (scheinbar) so einfache Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen entpuppt sich – ähnlich wie die Auseinandersetzungen um die Höhe der Armutsquoten – als ein Ausdruck fehlgeleiteten quantitativen Denkens. Sie verwechselt Statistik mit sozialer Realität und Standardisierung mit dem Lösen von Problemen. Das Bedenkliche daran ist, dass auf diese Weise «Armut» individuell zu- und abrechenbar wird: Auch das garantierte Grundeinkommen beruht auf – statistisch oder politisch definierten – Grenzziehungen. Den so als «arm» bezeichneten Personen wird ein Geldbetrag ausbezahlt, und für den Rest müssen die Leute eben selber sorgen; wenn sie's dann nicht schaffen, ist ihnen nicht zu helfen, und sie müssen bleiben, wo und wie sie sind. Der Zweidrittelgesellschaft wären wir auf diese Weise noch einen beachtlichen Schritt näher gerückt.

Gewerkschaftliche Sozialpolitik sollte aber nicht noch mehr Ausgrenzung bewirken, sondern sich an der Perspektive einer Aufhebung prekärer Lebensverhältnisse orientieren. Das wiederum kann nur gelingen, wenn sie sich um die gesellschaftlichen Ursachen von Armut kümmert und den davon betroffenen

Klar ist
jetzt schon,
dass
mehr Geld
allein bei
weitem
nicht
allen hilft.

Leuten Hilfen zur Bewältigung ihrer Lebenssituation anbietet. Sie muss sich deshalb dafür interessieren, wie die Armen mit ihrer Situation umgehen, warum die einen über die Runden kommen und die anderen scheitern.